

# Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tagesblatt Riesa,  
Fernruf Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des  
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa.

Postkonton: Dresden 1530  
Verlagsnummer Riesa Nr. 52.

Nr. 84.

Montag, 12. April 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 20 Pfennig und für ein Jahr 24 Mark 20 Pfennig. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Börsen- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Druckzeile (6 Spalten) 20 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; gelbdruckte und tabellarische Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallen, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Weststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittsch, Riesa.

## Der Duce des Mittelmeers.

Es wird immer augenfälliger: der Faschismus droht aus den Schranken Italiens herauszubringen, um Einfluß zu gewinnen auf die internationale Lage. Verschiedene Eigenwilligkeiten Mussolinis in seinen außenpolitischen Reden deuten schon darauf hin. Die weitere Ausgestaltung des Decrees, eine teilweise Reform und die Militarisierung der Reichsverbände lassen erkennen, daß Italien für alle Eventualitäten gerüstet sein will, daß es mit diesen Eventualitäten rechnet. Die Rede Mussolinis auf dem Kriegsschiff „Orlando“ wirkte wie ein Schlaglicht auf die Ziele, die sich Italien für die nächste Zeit gesetzt hat: die Beherrschung des Mittelmeers. Betrachtet man die Landkarte, so wird man feststellen müssen, daß eine solche Politik eine gewisse innere Berechtigung hat. Der schmale Landstreifen des italienischen Stiefels dehnt sich bis dicht an die nordafrikanische Küste und bietet, umhüllt vom Wasser des Mittelmeerischen Meeres, ein günstiges Ziel für Geschwader feindlicher Seemächte. Die zahlreichen großen Städte des Landes sind einem Geschwader schußlos preisgegeben. Wenn nicht eine vorzügliche Flottenbesetzung durch großzügige Beschäftigungsanlagen und Hochseevorrichtungen Maßnahmen trifft, die eine angreifende Flotte in respektablem Entfernung von der italienischen Küste halten könnten, Mussolini hat diese Fäden in den Verdrängungsbahnen Italiens schon lange erlitten. Seiner Energie ist es zu verdanken, daß die italienische Flottenbesetzung in der letzten Zeit die Befestigungsanlagen verstärkt hat und durch Platzierung weittragender Geschütze auf den Berggipfeln und den nahe dem Meer gelegenen Höhen der italienischen Küste einen Schutz gegeben hat, der sich im Kriegsfall außerordentlich bewähren dürfte. Mussolinis Ziel ist weiter gefaßt. Er hat erkannt, daß die Lebensmittelfürsorge für das Land an eine reibungslose Verkehrsverbindung zwischen Nordafrika und Mitteleuropa gebunden ist. Daher auch die italienische Forderung auf Erweiterung des Kolonialbesitzes in Nordafrika. Die Rede Mussolinis nach Tripolis zeigt, daß es bei dieser Forderung nicht bleiben soll, daß Italien womöglich konkrete Tatsachen schaffen will, mit denen sich letzten Endes nach italienischer Hoffnung der Völkerbund abfinden müsse. Das heißt, nach italienischen Hoffnungen. Kann auch auf Grund seiner geographischen Lage Italien seinen Anspruch auf die Beherrschung des Mittelmeers geltend machen, so kann der gleiche Anspruch auch von England gestellt werden, für das es eine Lebensnotwendigkeit ist, den Seeweg nach Indien aufrecht und ungefährdet zu halten. Auch Frankreich hat ähnliche Interessen. Hier erwachsen Mussolini zwei Gegner, mit denen er nicht leicht fertig werden dürfte. Die keineswegs bereit sein werden, die Mittelmeerherrschaft einem Staat zu überlassen, dessen Absichten in der letzten Zeit immer stärkeren machtpolitischen Charakter angenommen haben. Hier sammelt sich ein Konfliktstoff an, der bedrohlich auf den Frieden Europas einwirken könnte. In Paris und London beginnt man mit immer größerer Sorge diese italienische Großmachtpolitik zu verfolgen. Diesen Befürchtungen gibt ein längerer Artikel des Kolonialministers di Scaloa im „Popolo de Roma“ über die italienische Kolonialpolitik neue Nahrung. Dieser verantwortliche italienische Minister ist der Ansicht, daß eine gesunde Kolonialpolitik auf dem Grundsatze der uneingeschränkten Souveränität des kolonisierenden Staates in den Kolonien aufbauen muß, die nicht durch Sonderabkommen mit politischen oder religiösen Sondergruppen innerhalb der Kolonien werden dürfe. Diese Gedanken hätten die Belegung der heiligen Stadt der Semiten überaus und der an das Somaliland angrenzenden Sultanate notwendig gemacht, da Italien nicht erlauben dürfe, daß von dort aus von Sondergruppen Verhandlungen mit anderen Mächten geführt würden. Sehr bedeutsam ist seine Feststellung, daß das Rote Meer nicht von den einseitigen Interessen des englischen Imperiums unterworfen werden könne. Er verlangt Ausbau des Hafens von Massawa zur Frikantation, da dieser günstige Küstenpunkt der Wachstum der italienischen Kolonialpolitik am Rote Meer sei. Zum Schluß sagt dann der Minister, die Kolonien seien für das kaiserliche Italien die Schwächen seiner Größe.

Aus diesen Ausführungen des verantwortl. ital. Kolonialministers erhellt man recht deutlich, daß die Mittelmeerpolitik Italiens ihre Spitze gegen das englische Imperium richtet. Und Deutschen kann es schließlich gleichgültig sein, welche Politik Italien am Mittelmeer zu betreiben gedenkt. Unsere Interessen sind dort gering. Es ist auch letzten Endes allein Italiens Sache, daß durch den Kriegsausgang Erreichte durch eine Politik, der man einen Größenwahn nicht ganz absprechen kann, wieder aufs Spiel zu setzen. Doch der Weltfrieden ist ein Gut, das allen Nationen gehört. Eine Weltkrisis oder auch nur ein Krieg, der sich zwischen zwei oder drei Mächten abspielt, die nicht ohne Wirkung auf die Geschicke eines Landes, das in diesem Konflikt selbst neutral bleibt. Aus diesem Grunde kann man nicht allzu sorglos die Entwicklung entgegensehen, die die Dinge da unten am Mittelmeer anzunehmen drohen.

## Militärkontrolle bis zum Herbst?

qu. Berlin. In diskontinuierlichen Kreisen spricht man davon, daß die Westmächte nicht beabsichtigen, vor dem Herbst die Militärkontrolle in Deutschland aufzuheben. Diese Haltung soll damit begründet werden, daß der Völkerbund zur Kontrollfrage noch Stellung nehmen muß, da einem von ihm zu bildenden Ausschuss die weitere Kontrolltätigkeit übertragen werden soll. Den Beratungen im Völkerbund dürfte der Bericht der Kontrollkommission unter Führung Wallès zugrunde liegen, der bereits während der außerordentlichen Tagung des Völkerbundes von der Auf-

nahmekommission gebraucht worden ist und die Entwarnung Deutschlands als vollkommen durchgeführt bezeichnete. Es ist sehr unwahrscheinlich, daß das Reichskabinett sich mit dieser Dinausscheidung des Abbaues der internationalen Kontrollkommission einverstanden erklärt, nachdem die Auflösung bereits für den Februar gefordert worden ist. Die Reichsregierung wird voraussichtlich ihre Vorkämpfer anweisen, bei den gegenwärtigen Aussprachen auch über die Kontrolltätigkeit zu verhandeln.

## Der Druck des Auslandes.

qu. Berlin. Am Dienstag fand in Berlin eine Besprechung von an der Tabak-, Zigarren- und Zigarettenindustrie interessierten Verbandvertretern statt. Hierbei wurde in lebhafter Aussprache unter Vertretung der augenblicklichen ungünstigen Wirtschaftslage mit größter Betonung auf das allgemeine Festhalten gewisser Preise gegen bestimmte Genußmittel hingewiesen, das jetzt unbedingt an einer geschlossenen Geamtrium herausfordernde. Der Kampf gegen das Braugewerbe sei bereits auf der ganzen Linie mit recht unglücklichen Mitteln entbrannt, um planmäßige Pläne durchzuführen. Die Tabakindustrie dürfe sich jedoch keiner Täuschung darüber hingeben, daß der nächste Vorstoß ihr gelten würde, wenn der Schlag gegen das Braugewerbe gelungen sei, und darum müßte auch sie das größte Interesse an der weitestgehenden Aufklärung über die Endziele jener Himmelsstürmer und ihrer ausländischen Eingeweihten haben. Denn das etwaige Erliegen des Braugewerbes ziele eine ungeheure Arbeitslosigkeit nach sich, die sich dann zunächst auf das Tabakgewerbe auswirken werde und deshalb verlange allein schon das soziale Pflichtgefühl von den Volksvertretern die Ablehnung jener abfälligeren Pläne, welcher Richtung sie auch immer sein mögen. Es wurde endlich beschlossen, das Braugewerbe nachdrücklich in seinem ihm aufgewungenen Abwehrkampf zu unterstützen und auch die Presse zu bitten, sich an der Aufklärungsarbeit anzuschließen, der im Grunde ja nur vom Auslande her bedrängten deutschen Gewerbe so weit als irgendmöglich zu beteiligen.

## Das unverjähliche Moskau.

\* Berlin. Wie aus Moskau berichtet wird, hat die Sowjetregierung die letzte Note des Völkerbundes über eine Teilnahme an der vorbereitenden Abrüstungskonferenz im Sinne des bereits bekannten Standpunktes der Sowjetregierung beantwortet. Der Vorsitzende der Nationalen Planwirtschaftskommission Tschanoski und der Vorsitzende des Zentralverbandes der Gewerkschaften Chruschtsch, die als Sachverständige für die vom Völkerbund einberufene Wirtschaftskonferenz eingeladen waren, haben die Einladung wegen der Abhaltung der Konferenz auf schweizerischem Boden abgelehnt.

## Der Meinungsaustausch in vollem Gange.

qu. Berlin. Aus diplomatischen Kreisen hören wir, daß der Meinungsaustausch der Reichsregierung mit der Pariser und Londoner Regierung jetzt in vollem Gange ist. Obgleich der Reichsaussenminister Dr. Stresemann erst im Laufe der Woche aus Lugano nach Berlin zurückkehren wird, steht der Pariser und Londoner Vorkämpfer mit dem Rat in händiger Verbindung. Die bisherigen Berichte lassen durchaus die Schwierigkeiten erkennen, die sich einer Einigung der Mächte in der Ratfrage noch entgegenstellen. Wie wir hören, besteht das Bestreben, zuerst eine Einigung der Vorkämpfer in der Ratfrage herbeizuführen und danach zu versuchen, die außerhalb des Vorkämpferkreises lebenden Mächte für die gleiche Ansicht zu gewinnen. Auch die Frage der Vertretung bei der Studienkommission konnte bisher nicht geklärt werden, da die englische Regierung ihren Standpunkt dahin präzisiert hat, daß die Frage politisch und nicht juristisch zu lösen sei. Außerdem sind die Verhandlungen zwischen Frankreich und Polen über die polnischen Reinsprüche noch nicht zu Ende geführt, und es ist wahrscheinlich, daß die französische Regierung mit ihrer endgültigen Stellungnahme Deutschland gegenüber wartet, bis sie weiß, wie die polnische Regierung sich zur alleinigen Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund stellt. Man hält es in diplomatischen Kreisen für sehr wahrscheinlich, daß der Meinungsaustausch sich bis zum Zulammentritt der Studienkommission hinziehen wird und daß erst die Mächte nach Genf fahren, ohne vorher über die Arbeitsmethoden eine Einigung erzielt zu haben.

## Die bevorstehenden Parteibesprechungen.

qu. Berlin. Vor der Beratung des Fiskusabstimmungskommissars der Regierungsparteien im Reichsausschuß des Reichstages wird eine interfraktionelle Aussprache der Koalitionsparteien stattfinden, um ein einheitliches Vorgehen im Ausschuss vorzubereiten. Auch das Reichskabinett wird sich in seiner Dienstbesprechung mit dem gleichen Problem beschäftigen. Zur Debatte steht jetzt vor allem die Frage, ob bei der parlamentarischen Behandlung zuerst das Kompromißgesetz der Regierungsparteien oder das Entscheidungsgesetz der Sozialisten vorgenommen werden soll. Der Reichskanzler Dr. Luther beabsichtigt, nach der Einigung der Koalitionsparteien mit der Opposition Stellung zu nehmen, um die bei der vorliegenden Frage bestehenden Meinungsverschiedenheiten außerhalb des Parlamentes zum Austrag zu bringen. Die Sozialdemokraten betonen nämlich darauf, daß zuerst das Gesetz, das dem

Volkentscheid zugrunde liegt, beschlossen wird. Die Regierungsparteien haben in ihrer Mehrzahl diesem Wunsch der Sozialdemokraten bisher widersprochen und stehen hiermit im vollen Einverständnis mit der Reichsregierung.

## 11. Christlicher Gewerkschaftskongress in Dortmund.

Nach mehr als fünfjähriger Pause treten die Christlichen Gewerkschaften Deutschlands in der Zeit vom 17. bis 20. April d. J. in Dortmund wieder zu einer Tagung, dem 11. Christlichen Gewerkschaftskongress, zusammen. Der letzte Christliche Gewerkschaftskongress fand im November 1920 in Essen statt. Der diesjährige Kongress steht vor einer Fülle ernster Probleme. — Die Christlichen Gewerkschaften zählen jetzt etwa 600000 Mitglieder und haben damit den Vorkämpferstand von mehr als einer Million noch nicht wieder erreicht. Für die Dortmunder Tagung, auf der die Entscheidung über wichtige Fragen der Wirtschaft und der Arbeit gefällt werden soll, sind bisher etwa 300 Delegierte aus ganz Deutschland angemeldet. Der Tagung werden eine Anzahl bekannter Zentrumsgewerkschaften, sowie auch der gleichfalls dem Zentrum angehörige preussische Volksfahrtsminister, Dietrich, beiwohnen. Auch die Deutschnationalen werden vertreten sein. — Ueber „Die Christlichen Gewerkschaften und die Gestaltung des deutschen Volkslebens“ berichtet der Vorsitzende des Gesamtverbandes, Abg. Stenwald (Z.), während Reichstagsabgeordneter Ambsch (Z.) die Ordnung des Verhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern behandeln wird. Weitere Referate werden gehalten über die Lage und die Aufgaben der deutschen Wirtschaft, die deutsche Sozialpolitik in Vergangenheit und Zukunft usw. Minister Dietrich wird über das Wohnungs- und Siedlungsweien sprechen. Die zahlreich vorliegenden Anträge lassen eine lebhafte Debatte erwarten. Einer der Anträge fordert, daß die Gewerkschaftler als Parlamentarier das Gewerkschaftsinteresse vor das Parteinteresse zu stellen haben. Auch eine Alkoholdebatte steht in Aussicht, da ein Antrag des Bezirksrats Köln sich für das Gemeindebestimmungsrecht ausspricht.

## Ankunft Mussolinis in Tripolis.

Tripolis. Das Kriegsschiff Cavour mit Ministerpräsidenten Mussolini an Bord ist gestern vormittag 7 Uhr im Hafen vor Anker gegangen.

Nach der Truppenübernahme begab sich Mussolini zu Pferde auf den Marktplatz und hielt an die arabische Bevölkerung eine Rede, die sofort ins Arabische übersetzt wurde und von der Menge mit Hochrufen auf den König und Mussolini beantwortet wurde. Es heißt darin u. a.: Die Regierung wünscht, daß dieses Land, in dem die unerblichen Spuren Roms so zahlreich sind, in Zukunft reich, blühend und glücklich sei.

Nach seiner Rede empfing Mussolini u. a. die Regierungsbeamten, Abordnungen der Armee und der Marine sowie der Gemeindeverwaltung, die kommissarischen Vertreter der ausländischen Staaten. Später hielt Mussolini vom Balkon des Regierungsgebäudes eine Rede an die Italiener von Tripolis. Er sagte u. a.: Meine Reize darf nicht als eine einfache Verwaltungshandlung ausgelegt werden. Ich fasse sie als eine Befestigung der Kraft des italienischen Volkes auf, eine Befestigung der Macht des Volkes, das seine Herkunft von Rom ableitet. Es ist das Schicksal, welches uns in dieses Land treibt. Niemand kann das Schicksal aufhalten und besonders kann niemand unsere unverwundlichen Willen brechen.

## Schutzmaßnahmen für Mussolini.

Paris. Wie aus Rom gemeldet wird, wird in einem Telegramm aus Tripolis berichtet, daß außergewöhnliche Vorkehrungsmaßnahmen getroffen worden seien, um Mussolinis Sicherheit zu gewährleisten. Auf Anweisung aus Rom weigerte sich das italienische Konsulat in Tripolis, irgendwelche Wäffe zu versieren, selbst für Journalisten, die sich nach Tripolis begeben wollten. Sämtliche Ausländer sind einer besonderen Kontrolle der örtlichen Behörden und lokalen Organisationen unterstellt, die durch besondere aus Rom eingetroffene faschistische Persönlichkeiten geleitet werden. Der Zeitpunkt der Ankunft Mussolinis wird vollkommen geheim gehalten.

## Keine allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai.

qu. Berlin. Von den freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen der Arbeiter und Angestellten, dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und dem Allgemeinen Freien Angestelltenbund, wird jetzt ein Aufruf zur Arbeitsruhe erlassen. Es wird darum aufgerufen, am 1. Mai zu demonstrieren für den gesetzlichen Achtundtag, Ausbau der Sozialpolitik, für den Weltfrieden, gegen Militarismus und Krieg, für einen Völkerfrieden und für das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Bemerkenswert ist, daß in dem diesjährigen Aufruf nicht allgemein zur Arbeitsruhe am 1. Mai aufgerufen wird. Es heißt vielmehr: „Die Art der öffentlichen Demonstration kann von zentraler Stelle aus nicht vorgeschrieben werden. Die Ortsausschüsse des ADGB und die Ortskomitees des FA-Bundes müssen mit den Ortsvereinigungen der angeschlossenen Verbände nach der zweckmäßigsten und würdevollsten Form suchen. Ob die Arbeitsruhe möglich ist, muß dabei besonders eingehend geprüft werden.“ Der Aufruf-Ausschuss des Internationalen Gewerkschaftsbundes fordert auf zur Demonstration für den Achtundtag, für das Selbstbestimmungsrecht an der Wirtschaft, für einen dauernden Weltfrieden.